

Ortsvorsteher Ortsbezirk Güls



Gulisastr. 4
56072 Koblenz

29.05.2020

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
Schm/Ki

Ansprechpartner/in:

Hermann-Josef Schmidt

hermann-josef-schmidt@
t-online.de

(nicht für förmliche Rechtsbehelfe)

Fon zentral: 0261 129 - 0

Fon: 0261 42241

Fon zentral aus Koblenz: 115

www.koblenz.de

Niederschrift

Nach fristgerechter Einladung ist am 19.05.2020, 19.00 Uhr, in der Katholischen Pfarrbegegnungsstätte Güls eine Sitzung des Ortsbeirates Güls.

Unter Vorsitz des Ortsvorstehers Hermann-Josef Schmidt sind folgende Ortsbeiratsmitglieder anwesend:

Ulrike Ackermann
Toni Bündgen (Ratsmitglied)
August Hollmann
Eckhard Kunz
Margret Langen-Müß
Karsten Lunnebach
Mark Scherhag (Ratsmitglied)
Dr. Manfred Schneider
Brigitte Ternes
Hans Ternes
Werner Wilbert

Ferner sind die Ratsmitglieder Hans-Peter Ackermann, Detlev Pilger (MdB) und Karl-Heinz Rosenbaum anwesend.

Das Ratsmitglied Josef Oster (MdB) ist entschuldigt.

Von der Verwaltung ist Frau Regina Münch vom Amt 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung anwesend.

-2-

Der Ortsvorsteher begrüßt die Ortsbeirats- und Ratsmitglieder, Frau Münch sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist.

Zu den Tagesordnungspunkten 4 und 6 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch Anträge eingereicht.

Tagesordnung

Punkt 1) Parken auf beiden Seiten im Bereich der Einmündung Planstraße/Teichstraße (siehe Antrag der SPD-Fraktion)

Ratsmitglied Bündgen erklärt das verbotswidrige Parken. Die Verwaltung soll die Situation überprüfen.

Der Ortsvorsteher liest einen Brief der Verwaltung vor.

Ratsmitglied Bündgen schlägt vor, vor dem „Duo“ Fahrradständer aufzustellen.

Herr Hollmann regt eine Überprüfung des ruhenden Verkehrs an. Er berichtet, der Parkplatz an der Volksbank wurde stark genutzt, obwohl er 100 m weit von dem „Brennpunkt“ entfernt ist. Er spricht sich auch für eine Überwachung des ruhenden Verkehrs aus.

Herr Ternes findet die Fahrradständer eine gute Lösung; er ist auch für das Aufstellen von 1 – 2 Pollern.

Frau Ackermann ist auch für Fahrradständer, denn dadurch wird Parken unmöglich. Das Aufstellen von Pollern hat für sie keine Wirkung.

Frau Langen-Müß macht auf die großen Postwagen aufmerksam.

Herr Lunnebach ergänzt, dass der Postwagen zweimal täglich anliefert.

Herr Dr. Schneider meint, Fahrradständer müssten vernünftig angebracht werden.

Herr Ternes bemerkt, dass der Postwagen nur anliefert, andere aber parken.

Es wird oft vor dem Schild „verkehrsberuhigte Zone geparkt.

Der Ortsvorsteher fragt, ob über den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt werden soll?

Herr Kunz ist für das Aufstellen von Fahrradständern.

Ratsmitglied Scherhag stimmt Herrn Kunz zu. Er meint, wenn Poller aufgestellt werden, würde davor geparkt.

Der Ortsvorsteher ist dafür, Fahrradständer zu installieren.

Frau Ackermann ist nicht gegen Poller. Sie regt eine Ortsbesichtigung mit dem Ortsbeirat vor, um sich die Situation genau anzuschauen.

Der Ortsvorsteher schlägt vor, eine Ortsbesichtigung mit der Verwaltung und jeweils eine/einen Vertreter/in von den Fraktionen.

Herr Lunnebach fragt nach, ob auch schon Gespräche mit dem DUO-Nachfolger geführt wurden?

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig, dass eine Ortsbesichtigung mit der Verwaltung durchgeführt wird. Danach soll entschieden werden.

Punkt 2) Rasengräber Friedhof Güls (siehe Antrag der SPD-Fraktion)

Ratsmitglied Bündgen erklärt, dass es richtig „Kissensteingräber“ heißen muss. Solche sind auf dem Hauptfriedhof. Er fragt, ob das auch eine Auktion für Güls ist?

Der Ortsvorsteher liest eine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Herr Wilbert trägt vor, dass Kissensteingräber sehr pflegeintensiv sind. Er nennt die Kosten für verschiedene Grabstätten. So ist z. B. ein Urnenreihengrab für 770,00 € die günstigste Bestattungsform. 136 Urnengräber werden 2024 frei (aus der Urnenwand). Ob der Preis von damals (800,00 €) gehalten werden kann ist fraglich. Ratsmitglied Scherhag gibt für den Erwerb eines Urnenreihengrabes einen Preis von 700,00 € an.

Ratsmitglied Rosenbaum sieht alles unter einem anderen Aspekt: Es gibt keine günstigen Gräber. Lt. Der Stellungnahme der Verwaltung sind Kissensteingräber kostenintensiv und daher wird von der Verwaltung eine Urnengemeinschaftsanlage bevorzugt.

Herr Kunz verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, was alles beschlossen wurde. Also gibt es ab 2021 Urnengemeinschaftsgräber. Er schlägt vor, die Verwaltung aufzufordern, in Güls eine Urnengemeinschaftsanlage anzulegen.

Ratsmitglied Bündgen ist nicht bewusst, dass aus der Urnenwand umgebettet wird. Herr Wilbert gibt an, 2024 sind erste frei.

Herr Hollmann möchte wissen, ob es eine Verlängerung für ein Urnengrab gibt?

Herr Wilbert verneint; es ist wie bei einem Reihengrab.

Ratsmitglied Scherhag spricht sich dafür aus, den Vorschlag

Urnengemeinschaftsgräber schnell umzusetzen (letzte Ruhestätte für freiwerdende Urnengräber) und dementsprechend einen Antrag an die Verwaltung zu stellen.

Der Ortsbeirat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, auf dem Gülser Friedhof eine Fläche für Urnengemeinschaftsgräber wie vorgeschlagen anzulegen.

Punkt 3) Jugendsozialarbeit in Güls

(siehe Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion „Grüne“)

Ratsmitglied Bündgen erklärt den Antrag. Ihm wurde gesagt, dass Güls auf sehr hohem Niveau jammert.

Herr Ternes gibt an, dass es bei Treffen von Jugendlichen oft zu Alkoholgenuss und anschließend Pöbeleien kommt. In Güls wird gute Arbeit geleistet, die mit früher nicht zu vergleichen ist.

Frau Ackermann erklärt, dass sie beruflich mit dem Problem betroffen ist. Wenn sich gekümmert wird, funktioniert das. Der Jugendtreff Güls wird in „offener Form“ geführt. Das Angebot ist gering. Es kommen nicht nur Gülser, sondern auch von außerhalb. Sie hat einen Vorschlag, denn Volker Marquardt, der zwischenzeitlich in Rente ist, würde ehrenamtlich arbeiten.

Ratsmitglied Pilger (MdB) unterstützt das Anliegen. Raumangebote suchen die Jugendlichen (mit Betreuung). Die Jugendlichen orientieren sich daran.

Herr Hollmann fragt, wie wird der Jugendtreff angenommen? Wer hat die Schlüssel, wer ist Betreuer, gibt es Berichte von den Betreuern?

Frau Ackermann gibt die Öffnungszeiten von 16.00 Uhr bis 21.00 Uhr an. Es handelt sich um begleitende Öffnungszeiten; Betreuer Alex Schedler. Die Schlüsselübergabe gibt es auf „eigene Verantwortung“. Es werden auch Projekte organisiert.

Herr Lunnebach fragt, ob die Jugendlichen jeden Tag da sind?

Frau Ackermann erklärt, dass der Jugendtreff eine Rückzugsmöglichkeit für die Jugendlichen ist. Diese Institution soll bestehen bleiben.

Ratsmitglied Rosenbaum verdeutlicht, dass es sich um freiwillige Leistungen handelt.

Ratsmitglied Pilger (MdB) gibt an, dass die ADD fordert, 1,4 Mio. € einzusparen.

Ratsmitglied Scherhag schlägt ein Gespräch mit Holger Marquardt bzw. dem Betreuer vor, um die Bedürfnisse vorzutragen.

Der Ortsvorsteher möchte auch Herrn Muth zu dem Gespräch einladen.

Frau Ackermann findet den Vorschlag von Herrn Kunz gut. Herr Muth schaut auf die Kosten. Es könnte für die Betreuung der Mindeststundenlohn gezahlt werden.

Ratsmitglied Scherhag bittet, Herr Holger Marquardt und Herrn Alex Schedler zur Berichterstattung zu einem Gespräch einzuladen und dem Beschluss zuzustimmen.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig die Verwaltung aufzufordern, ihr Engagement im Bereich Jugendsozialarbeit in Güls auszuweiten.

Punkt 4) Wasserversorgung in der Straße „Unter der Fürstenwiese“ (siehe Anträge der SPD-und CDU-Fraktion)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Datum vom 10.05.2020 ebenfalls zu dem Tagesordnungspunkt einen Antrag eingereicht.

Der Ortsvorsteher meint, die CDU wäre zu voreilig gewesen und hätte zuerst ein Gespräch im Ortsbeirat führen sollen. Frau Ensel von der Stadtwerke Koblenz GmbH habe ihm gegenüber erklärt, dass es nicht anders geht. Abschluss??? Nur gemeinsam soll/kann alles gemacht werden.

Herr Kunz erklärt den Antrag. Bei der Baumaßnahme war genügend Druck bei der provisorischen Wasserversorgung. Jetzt ist wieder weniger Druck.

Ratsmitglied Rosenbaum erläutert, dass sich die Bürger an die CDU-Fraktion gewandt haben.

Der Ortsvorsteher erwidert, dass „wir alle“ helfen wollen; es gibt viele Möglichkeiten. Er wurde vom Oberbürgermeister informiert.

Herr Ternes meint, es ist ein gleichlautender Antrag. Die Bürger aus der Fürstenwiese hätten sich an alle Parteien und den Ortsvorsteher gewandt. Der Ortsbeirat sollte den Anliegen entsprechen und eine vernünftige Lösung finden.

Ratsmitglied Scherhag spricht sich dafür aus, die Anträge zusammen zu fassen.

Herr Hollmann drückt aus das der Wasserdruck in der Fürstenwiese unbedingt erhöht werden soll. Es wurden Druckmessungen durchgeführt. In der Regel ist 1,0 bar ausreichend.

Der Standard von vor 50 Jahren entspricht nicht mehr den Anforderungen von heute.

Ratsmitglied Bündgen spricht sich auch dafür aus, die Anträge als „gemeinsame Anträge“ zu formulieren/zu stellen.

Der Ortsvorsteher bittet um Beschlussfassung.

Der Ortsbeirat fordert einstimmig die Verwaltung auf, die notwendigen baulichen Maßnahmen für eine zeitgemäße Wasserversorgung mit einem angemessenen Wasserdruck für das Wohngebiet „Unter der Fürstenwiese“ herzustellen.

Punkt 5) Verkehrsführung bei Hochwasser (siehe Antrag der CDU-Fraktion)

Herr Hollmann bittet, dass sich die Stadt bei Hochwasser an den Plan halten soll, den die Feuerwehr Güls ausgearbeitet hat.

Herr Lunnebach zeigt kein Verständnis dafür, dass der Plan beim letzten Hochwasser nicht umgesetzt wurde.

Der Ortsvorsteher gibt zu bedenken, dass das Wasser beim letzten Hochwasser zu schnell war.

Herr Lunnebach ist für die Feuerwehr Güls der Ansprechpartner.

Ratsmitglied Scherhag gibt an, dass in der Straße „In der Laach“ die Halteverbots-schilder bisher bei Hochwasser frühzeitig aufgestellt wurden – außer beim Letzten.

Ratsmitglied Rosenbaum erklärt, die Autofahrer waren überfordert, weil keine ge-nauen Beschilderungen aufgestellt waren.

Der Ortsvorsteher spricht von „illegalen Nutzern“ von der Eifel und der Mosel auf-wärts.

Herr Kunz meint, dass die Planung in Ordnung ist, nur wurde sie nicht umgesetzt.

Herr Ternes schließt sich der Meinung von Herrn Kunz an. Der Ansprechpartner ist bekannt.

Herr Hollmann weist nochmal auf die Freiwillige Feuerwehr hin.

Herr Lunnebach fragt nach, ob es korrekt ist, dass der Bus in der Straße „In der Laach“ an den Containern vorbeifahren darf?

Ratsmitglied Scherhag erklärt, dass der Bus an den Containern vorbeifährt. Die PKWs fahren die reguläre Einfahrt in die Laach hinein. Er bittet, dem Antrag zuzu-stimmen.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig, die Verwaltung wird aufgefordert, bei Hochwas-ser die Verkehrsführung nach dem vereinbarten Plan durchzuführen.

Punkt 6) Förderung Stadtdörfer (siehe Antrag der CDU-Fraktion)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Datum vom 13.05.2020 ebenfalls zu dem Tagesordnungspunkt einen Antrag eingereicht.

Herr Hollmann bittet, dass alle Fraktionen im Ortsbeirat gemeinsam agieren. Es fand ein Versuch in Landau statt. Vom Land gibt es 3,5 Mio. €, die auf acht Orte verteilt werden.

Ratsmitglied Rosenbaum verbessert und gibt an, dass auf drei Städte die 3,5 Mio. € verteilt werden. Güls würde mit etwa 1,8 Mio. € gefördert.

Herr Hollmann bittet, dass gemeinsam mit den Vereinen und Bürgern eine Priorität-enliste erstellt wird. Er spricht sich auch für einen Anlegesteg an der Brücke aus, da-mit von dort die Wallfahrt oder auch Hochzeitsfeiern gestartet werden können. Das Dorfgemeinschaftshaus ist auch ein Wunsch. Der Ortsbeirat soll bündelnde Instanz sein.

Der Ortsvorsteher erklärt, dass der Schiffsanleger in privater Hand war.

Herr Hollmann meint, dass diese Örtlichkeit momentan ein Schandfleck ist.

Ratsmitglied Bündgen findet den Antrag der Grünen „trockener“.

Herr Ternes hat Informationen von Landau. Er möchte von der Verwaltung Informationen, wie es läuft. Auch er ist für eine Bürgerbeteiligung. Die Gülser Bürger müsste man hinzuziehen.

Ratsmitglied Scherhag spricht sich auch für eine Bürgerbeteiligung aus. Er ist auch dafür, Mittel für bestimmte Maßnahmen festzusetzen. Gleichzeitig macht er den Vorschlag, die Anträge als „gemeinsamen Antrag“ zu stellen.

Ratsmitglied Rosenbaum erklärt, dass die Landeszuschüsse mit allen Details beantragt werden müssen (Ziele Mittelverwendung!). Für die CDU-Fraktion ist das Dorfgemeinschaftshaus als erstes Priorität.

Herr Dr. Schneider schlägt vor, dass der Ortsbeirat die Wünsche sammeln kann und danach in andere Gremien weiterleitet.

Ratsmitglied Bündgen möchte sich im Namen der SPD-Fraktion dem Weg der Grünen anschließen. Die Punkte der CDU-Fraktion sind gut; bei den Grünen ist alles offen.

Herr Kunz stimmt Ratsmitglied Rosenbaum zu. Die Landesmittel werden nach strengen Kriterien vergeben. Als Leuchtturmprojekt sollte der Dorfmittelpunkt mit Markt stehen. Es dürfen keine Fehler beim formalen Weg gemacht werden.

Herr Dr. Schneider ist für Infos an die Firma, in denen aufgeführt wird, was wünschenswert ist.

Ratsmitglied Scherhag schlägt vor, die Projektfirma zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates einzuladen.

Herr Hollmann weist darauf hin, dass die Stadt auch Bescheid wissen muss, wie verfahren wird.

Herr Ternes bittet um Gemeinsamkeit. Es sollen keine konkreten Punkte hervorgehoben werden.

Ratsmitglied Rosenbaum zitiert den Innenminister Lewentz: Bei diesem Projekt soll die Lebensqualität verbessert werden. Der Ortsbeirat macht seinen Willen gegenüber der Verwaltung deutlich.

Ratsmitglied Bündgen unterstützt den Antrag der Grünen.

Ratsmitglied Scherhag fragt, ob die Projekte realisiert werden sollen?

Herr Dr. Schneider ist für einen übergeordneten Antrag.

Herr Ternes spricht den Antrag der CDU-Fraktion an. Darin ist die Festhalle erwähnt. Er meint, die Beispiele sollen entfernt werden.

Es wird nach eingehender Diskussion folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

- 1.) Die Verwaltung wird aufgefordert, eine angemessene Information von Seiten der maßgeblichen Stellen über den Weg und die Modalitäten der Vergabe bezüglich der Förderung des Landes, die den Zusammenhalt und die Lebensqualität in den „Staddörfern“ fördern und verbessern soll, dem Ortsbeirat zur Verfügung zu stellen. Weiterhin sollen Vorschläge erst nach einer angemessenen Bürgerbeteiligung und einer entsprechenden Auswertung dieser Beteiligung gemeinsam mit dem Fachbüro Stadtimpuls für Projekte erstellt werden, die unter aktiver Beteiligung der Gülser Bürger in eigens dafür geschaffenen Gremien erarbeitet wurden.

- 2.) Das Land hat 3,5 Millionen zur Entwicklung von Stadtdörfern bewilligt. In Koblenz profitieren Arenberg-Immendorf, Arzheim und Güls davon. Es sollen Projekte gefördert werden, die den Zusammenhalt und die Lebensqualität in den Stadtdörfern fördern und verbessern. Hierbei kann es sich um Privatinitiativen sowie kommunale Projekte handeln. Es geht um die Entwicklung von sogenannten „Leuchtturmprojekten“ und kleineren Aktionen.
- 3.) Es sollen alle Vorschläge im Ortsbeirat zusammengeführt und beraten werden. Hier können wir dann gemeinsam eine Prioritätenliste erarbeiten und an die Verwaltung weitergeben.

Punkt 7) Unterrichtung über eine private Sportboot-Steganlage in der Mosel
(siehe Beschlussvorlage der Verwaltung vom 26.02.2020)

Ratsmitglied Scherhag nimmt an der Beratung zu Tagesordnungspunkt 7) wegen Eigeninteresse nicht teil.

Der Ortsvorsteher liest die Beschlussvorlage und einen Brief des Baudezernenten, Bert Flöck, vor.

Ratsmitglied Bündgen verbessert: Es ist keine Beschlussvorlage, sondern eine Unterrichtungsvorlage. Er fragt, ob auch für andere Bürger die Möglichkeit besteht, Stege zu bauen?

Der Ortsvorsteher hat mit dem Baudezernenten gesprochen. Eine Erweiterung ist für andere Interessenten möglich. Das Wasser- und Schifffahrtsamt, Herr Oberegger, hat angegeben, dass nur ein Steg errichtet werden kann, da es sich um ein Naturschutzgebiet handelt.

Herr Kunz bemängelt die Ausführung. Er fragt, ob nur eine Anlage oder mehrere Anlagen errichtet werden können? Die Verwaltung muss eine eindeutige Antwort geben.

Herr Ternes trägt vor, dass ein Steg oder zehn Stege nicht relevant sind. Es ist ein Eingriff in die Natur; soll wirklich nur ein Steg für die Fa. Scherhag errichtet werden und sonst keiner? Wenn das passiert, erfolgt ein Angriff auf die Politik. Er gibt keine Zustimmung.

Herr Lunnebach erklärt, es handelt sich um eine Grün- und Wasserfläche die betroffen sind. Für eine Fläche ist die Stadt und für die andere das Wasser- und Schifffahrtsamt zuständig.

Ratsmitglied Rosenbaum weist darauf hin, dass über die Grünfläche die Stadt bestimmt.

Herr Hollmann bittet um Unterbrechung der Sitzung.

Nach der Unterbrechung wird die Sitzung fortgesetzt.

Herr Dr. Schneider fragt, ob die Genehmigung der Behörde nur für die Fa. Scherhag oder auch andere gilt?

Ratsmitglied Rosenbaum erklärt, die GmbH macht den Vertrag. Die Frage von Herrn Dr. Schneider muss darin geklärt werden.

Herr Hollmann stellt fest, dass das Gebiet eine Bereicherung für den Tourismus ist. Das Umweltamt hat keine Bedenken!

Ratsmitglied Bündgen kündigt noch Beratungsbedarf an.

Herr Hollmann ist für eine Erweiterung für eine öffentliche Benutzung.

Frau Ackermann findet die Anlage an der Mosel wunderschön und fragt, warum ein, zwei oder zehn Stege errichtet werden sollen? Es sind ein Boots- und Yachthafen vorhanden. Warum also einen Steg anlegen?

Herr Ternes schließt sich den Äußerungen von Frau Ackermann an. Es wäre ein Privileg, wenn eine einzige Erlaubnis erteilt wird, einen Steg zu bauen. Ratsmitglied Bündgen schlägt vor, keine Abstimmung über das Vorhaben zu machen.

Der Ortsbeirat wurde unterrichtet. Von Teilen des Ortsbeirates wurden große Bedenken geäußert.

Herr Lunnebach macht noch darauf aufmerksam, dass schon Stege in Metternich vorhanden sind.

Punkt 8) Verschiedenes

Das Ratsmitglied Scherhag nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Wilbert kommt nochmal auf die gemeinsame Ortsbeiratssitzung mit dem Ortsbeirat von Rübenach am 10.03.2020 zu sprechen. Er findet, dass der Rübenacher Ortsbeirat besser informiert war.

Der Ortsvorsteher erklärt, dass er in dieser Sitzung nicht anwesend war und sich dazu nicht äußern kann.

Ratsmitglied Bündgen berichtet, dass Rübenach stärker betroffen war. Er bemängelt, dass die Einwände von ihm und Ratsmitglied Ackermann nicht erwähnt wurden.

Herr Ternes fragt nach den Plänen und Unterlagen, die Herr Hastenteufel angekündigt hat.

Herr Kunz meint, dass der Ortsbeirat nochmal beraten soll. Er spricht die A 61 und Baugebiete im Ort an. Es könnte noch ein Votum erfolgen.

Ratsmitglied Bündgen kündigt Beratungsbedarf an.

Herr Wilbert macht auf den schlechten Zustand des Gülser Friedhofs und der Gräber der Bombenopfer vom 22.12.1944 aufmerksam.

Der Ortsvorsteher berichtet von seiner Aktion, die einige Mitbürger zur Reinigung des Friedhofs unterstützt haben. Es sind immer weniger Helfer geworden und dann ist die Aktion leider ganz eingeschlafen.

Ratsmitglied Bündgen schlägt vor, Herrn Drechsler zum Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen zu einer Ortsbeiratssitzung einzuladen, damit der Zustand des Friedhofs erörtert wird.

Ratsmitglied Scherhag fragt, ob es finanzielle Mittel für Güls gibt?

Herr Lunnebach spricht Anträge im Ortsbeirat an, die noch nicht bearbeitet sind- Es handelt sich um den barrierefreien Zugang zum Bahnhof; die Versetzung der Geschwindigkeitsmeßanlage in der Straße „Am Mühlbach“, Tempo 30 km/h-Zone in der Teichstraße. Die Teichstraße ist eine „klassifizierte Straße“. Dazu sollte Herr Stefan Mannheim zu einer Sitzung des Ortsbeirates eingeladen werden.

Herr Hollmann spricht die Lage an den Abfallcontainern im Keltenring an.

Der Ortsvorsteher erwidert, dass sich darum gekümmert wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Ortsvorsteher um 22.15 Uhr die Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann-Josef Schmidt
Ortsvorsteher